

Manifest Für eine Schule ohne Selektion

Die Schweiz hat im europäischen Vergleich ein hoch selektives Schulsystem. Dabei ist seit langem bekannt, dass Schülerinnen und Schüler mehr und besser lernen, wenn in der obligatorischen Schulzeit keine Selektion oder Übertrittsentscheide stattfinden. Länder, in denen die obligatorische Schulzeit ohne strukturelle Differenzierung durchlaufen wird, schneiden bei vergleichenden Untersuchungen deutlich besser ab als solche mit stark selektiven Schulsystemen. Umgekehrt lässt sich auch zeigen, dass stark selektive System vor allem den sozialen Status und die Bildungserwartungen der Eltern reproduzieren und den einzelnen Kindern nicht gerecht werden.

Trotzdem wird in der Schweiz an der mehrgliedrigen Sekundarstufe I festgehalten, und konservative Kräfte drängen sogar darauf, noch weitere Differenzierungen (wieder) einzuführen.

Zwar weisen einige der Reformen der vergangenen Jahre (wie beispielsweise die frühere Einschulung, der Ausbau der Tagesbetreuung u.a.) in die richtige Richtung und versuchen, die integrativen Tendenzen zu stärken, doch bleiben sie auf halber Strecke stehen und können so nicht ihre volle Wirkung entfalten. Für die Lehrpersonen bedeuten sie dann nur zusätzliche Arbeit ohne sichtbare Ergebnisse. Mangelhafte Ressourcen bei der Umsetzung von Reformen bei gleichzeitiger Aufblähung des administrativen Apparates verstärken diese Tendenz. Andere Reformen zielen dagegen mehr oder weniger offen darauf ab, den selektiven Charakter der Schule zu verstärken.

Der vpod engagiert sich seit vielen Jahren für eine integrative Volksschule für alle Kinder, welche die gesamte obligatorische Schulzeit umfasst und eine ungeteilte Sekundarstufe I voraussetzt.

Die Verbandskonferenz vpod Bildung, Erziehung, Wissenschaft hält fest:

- Alle Untersuchungen zeigen, dass Selektion und Differenzierung nach Leistungszügen in der obligatorischen Schule unsinnig sind und nicht zu einer Verbesserung der Schule oder der Leistungen dienen - im Gegenteil. Die Selektion ist - im Gegensatz zur Integration - auf Ausschluss angelegt, produziert laufend Verliererinnen und reproduziert die soziale Ungleichheit. Wir lehnen sie daher ab.
- Eine integrative oder "inklusive" Schule, wie sie die UNO-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen vorschreibt, ist nur in einem nicht-selektiven Schulsystem möglich. Die Integration aller Kinder in die Regelschule kann daher nur gelingen, wenn die Regelschule entsprechend umgebaut wird. In einem selektiven System, wie es die Schweizer Schule jetzt darstellt, ist die geplante Integration der Sonderschule zum Scheitern verurteilt oder wird Kosmetik bleiben.
- Bildungsreformen, die an neoliberalen Verwertungs-ideen orientiert sind, fördern die Selektivität der Schule, statt sie aufzuheben. Wir lehnen sie daher ab. Zu diesen

Bildungsreformen gehören die Bologna-Reform und die Orientierung an Leistungsstandards zur Selektion. Standards sind nur sinnvoll, wenn sie der individuellen Standortbestimmung und Förderung dienen. Als Selektionsmassstab oder Rating-Grundlage tragen sie zur Zerstörung der Schule bei.

- Bildung für alle bedeutet, auf Selektion in der obligatorischen Schule zu verzichten zugunsten von Unterrichtsformen, welche auf die Stärken und Schwächen der einzelnen Kinder eingehen können.
- Eine Schule ohne Selektion stellt die individuelle Förderung und soziale Integration des einzelnen Kindes ins Zentrum. Sie nimmt Rücksicht auf das Lerntempo des einzelnen Kindes. Beurteilungen dienen der Feststellung von Lernproblemen oder Stofflücken und müssen Fördermassnahmen nach sich ziehen.
- Die Förderung des einzelnen Kindes setzt die Individualisierung im Unterricht und die Bildung altersdurchmischter Klassen voraus. Die Ausbildung der Lehrpersonen muss das berücksichtigen, und in der Schule müssen entsprechende Ressourcen zur Verfügung stehen.
- Die aktuellen Reformen wie z.B. die Integration der Sonderschule sind zum Scheitern verurteilt, wenn nicht ausreichende Ressourcen dafür zur Verfügung stehen. Diese Ressourcen müssen vor allem direkt in die Schulen und in den Unterricht fließen und nicht in den administrativen Apparat.

Diskutiert und verabschiedet von der Verbandskonferenz Bildung, Erziehung und Wissenschaft im Mai 2010